

Roman Schiller

Lokales Bündnis für Familie in der Region Schleswig-Flensburg. Erfahrungsbericht und Plädoyer für eine Beteiligung der Selbsthilfe

Familie ist trendy. Auf der politischen Agenda rangiert sie ganz oben, in Talkshows geben sich Familienexperten die Klinke in die Hand, auf den Titelblättern der Gazetten prangt anklagend und mahnend zugleich: »Deutschland muss familienfreundlicher werden«. Kaum ein Fach- oder Interessenverband, der sich nicht des Themas annimmt. Woher die Renaissance der Familie? Gestern noch ein Randthema, bestenfalls geeignet für ideologische Grabenkämpfe parlamentarischer Hinterbänkler, heute gilt Familie als der Schlüssel zur Lösung aller Probleme.

Familie, einst »weicher« (damit auch beliebiger Faktor) ist aufgrund der demografischen Entwicklung zum harten ökonomischen Faktor geworden.

Der Entscheidung des Bundesfamilienministeriums, ein Servicebüro für Lokale Bündnisse einzurichten, lag also eine ebenso nüchterne, wie ernüchternde Analyse zugrunde. Während die Deutschen immer älter werden, entscheiden sich immer mehr junge Paare kinderlos zu bleiben, mit absehbaren Folgen für die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung in unserem Land. Spürbar wird diese, keineswegs neue Tendenz besonders in den Städten und Gemeinden. So warnt der Beigeordnete des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Uwe Lübking: »Der Anteil der Bevölkerung, der mit Kindern in einem Haushalt zusammenlebt, geht in Deutschland seit Jahrzehnten zurück ... Die so genannte Geburtenziffer liegt mit rund 1,37 nicht nur weit unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1, sondern auch deutlich unter dem Durchschnitt westlicher Industriestaaten.«¹

Das geht uns alle an

Die Gründe für die sinkende Geburtenrate sind bekannt. Angst um den Arbeitsplatz, Kinder kosten zuviel Geld, unzureichendes Einkommen, berufliche Nachteile, Konflikte mit persönlichen Interessen etc. Das Allensbachinstitut hat in einer Befragung im Jahr 2004 herausgefunden, dass mangelhaftes Klima und Infrastruktur für Familien ein weiterer wesentlicher Grund für Kinderlosigkeit aus der Sicht der 18 bis 44-jährigen gewollt Kinderlosen ist. Alle Vergleiche mit europäischen Nachbarn unterstreichen die unzureichenden strukturellen Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland.

Um dieses zu diagnostizieren, bedurfte es keiner Umfragen und aufwändigen Studien. Ein flüchtiger Blick über den nationalen Gartenzaun, zum Beispiel zu unseren skandinavischen Nachbarn, sollte uns kollektiv die Schamröte ins Gesicht treiben. Nicht allein die staatlich organisierten Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote sind hier Selbstverständlichkeit, sondern auch die Be-

rücksichtigung von familienfreundlichen Strukturen in Dienstleistung, Handel und Gewerbe.

Bei unseren Nachbarn können wir auch lernen, dass die Schaffung eines familienfreundlichen Klimas sich nicht delegieren lässt, dass das Thema alle angeht. Warum sich also ausgerechnet Selbsthilfekontaktstellen (der erste gelungene Versuch, Zivilgesellschaft und gemeinschaftliche Sorge institutionell zu fördern) heraushalten sollten, war uns nicht einsichtig. Mitverantwortung auf lokaler Ebene zu übernehmen und für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr und bessere Kinderbetreuung, für mehr und bessere Bildungsmöglichkeiten, für mehr Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen etc. zu streiten, war und ist Aufgabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen.

Viele kleine Bündnisse

Freilich, inwieweit wir uns vor den Karren politisch-ökonomischer Interessen spannen lassen sollten, ist immer kritisch zu prüfen. Entsprechende Fragen auf der Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG)² im Juni vergangenen Jahres hatten von daher ihre Berechtigung. Auch die Frage, ob nicht die inflationäre Einrichtung von Bündnissen purer Aktionismus sei und ob wir auf einer staatlich initiierten Welle mitsurfen sollten. In manchen kritischen Fragen schwang jedoch klammheimliche Schadenfreude und die implizite Haltung mit, »Das geht uns nichts an. Das sollen die richten, die es verbockt haben.« Schadenfreude ist aber ebenso wenig angesagt, wie elitäres Nischendenken. Das sah die große Mehrheit der Tagungsteilnehmerinnen wohl ebenso und so dominierte, neben mancher Skepsis, das sachliche Bemühen, den Beitrag der Selbsthilfe für Familienfreundlichkeit herauszuarbeiten.

Den Familienbezug von Selbsthilfe machte Helga Appel vom »Verein zur Förderung Behinderter« (auch Vorstandsmitglied von KIBIS Schleswig-Flensburg e.V.) deutlich. Die Vorsitzende dieser ursprünglichen Selbsthilfeinitiative betreibt heute einen Familienentlastenden Dienst. Ehrenamtlich engagierte Mitglieder dieser Initiative unterstützen Familien, in denen Behinderte leben und tragen so zur Verbesserung der Lebensqualität der Gesamtfamilie bei. Im Landkreis Schleswig-Flensburg gibt es bereits viele dieser kleinen, aber wirkungsvollen Familienbündnisse, zum Beispiel »Restposten Pflegefamilie«, »Plan haben« (ein Familienpatenschaftsprojekt), den »Kriminalpräventiven Rat« etc.

Warum dann noch lokale Bündnisse? Ex-Bundesfamilienministerin Renate Schmidt: »Weil wir mehr Familienfreundlichkeit brauchen, weil wir ein besseres Klima für Kinder und Eltern schaffen müssen ... Denn ob Familien sich wohlfühlen, entscheidet sich dort, wo sie leben und arbeiten. Hier wissen die Familien, wo schon kleine Verbesserungen große Erleichterungen bringen können. Kommunen gestalten das Wohnumfeld; sie betreiben Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen, stellen Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Unternehmen schaffen die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Soziale Einrich-

tungen bieten Betreuungsmöglichkeiten an und helfen in Notlagen. In vielen Kommunen und in vielen Unternehmen gibt es bereits familienfreundliche Maßnahmen. Ein lokales Bündnis führt diese einzelnen Initiativen zusammen und gibt dem Thema Familie eine größere Resonanz. Schon das ist ein Erfolg.«³

Das Schleswiger Bündnis – eine überinstitutionelle Selbsthilfeinitiative

Schon nach knapp einem dreiviertel Jahr Bündniserfahrung können wir die These von Renate Schmidt bestätigen. Die kleinen punktuell angelegten Bündnisse sind außerordentlich nützlich, stellen aber noch nicht die entscheidende Lösung in Bezug auf ein familienfreundlicheres Klima in Deutschland dar. Lokale Bündnisse für Familie beinhalten die Chance für einen grundlegenden Wandel. Hier liegt das Verdienst der ehemaligen Bundesfamilienministerin. Mit der Einrichtung eines Servicebüros für Lokale Bündnisse für Familie hat sie nicht nur infrastrukturelle Rahmenbedingungen bereitgestellt, sondern vor allem in der Familienpolitik die Chance für eine Trendwende herbeigeführt und schließlich alle Akteure auf lokaler, regionaler, Landes- und Bundesebene in Zugzwang gebracht.

Natürlich fragten auch wir uns, ob, und wenn ja, was uns die Bundesinitiative angeht. Die Antwort fanden wir im Beratungsalltag unserer Selbsthilfekontaktstelle. Ein nicht unerheblicher Teil der telefonischen und persönlichen Anfragen hat implizit oder explizit mit Familie oder dem Fehlen von Familie zu tun. Wir sind also mittendrin im Thema. Prädestiniert sind wir jedoch nicht allein als »Mitbetroffene«, sondern vor allem auch im Hinblick auf unser Aufgabenprofil. Lokale Bündnisse, als überinstitutionelle, gemeinwesenorientierte Selbsthilfeinitiative verstanden, brauchen Engagement unterstützende Infrastruktur, brauchen den überparteilichen Blick, sowie die Vernetzungs- und Koordinierungskompetenz und das Know-how von Menschen mit Erfahrung in der Begleitung und Unterstützung von Initiativen.

Gelungener Auftakt

Erste Verbündete zu finden, fiel nicht schwer. Die »üblichen Verdächtigen«, engagierte und erfahrene Kolleginnen aus dem sozialen Bereich, eine dem Selbsthilfegedanken aufgeschlossene Kommunalpolitikerin, eine Gleichstellungsbeauftragte waren schnell bereit, die Initiative zu unterstützen. Nachdem das Für und Wider des Bündnisses ausdiskutiert und die Gründung beschlossene Sache war, engagierten wir zur Koordinierung und Bewältigung der Verwaltungsarbeit eine MAE-Stelle (MAE = Mehraufwandsentschädigung = offizielle Bezeichnung für Ein-Euro-Jobs). Ein Glücksgriff, wie sich schon bald zeigte, und am Rande bemerkt, auch ein lebendes Beispiel dafür, dass im Wirrwarr von Hartz IV hoch motivierte und qualifizierte Menschen ohne Hoffnung auf Wiedereinstellung ein Dasein in der endlosen Warteschleife fristen. Das erforderliche Equipment (Telefon, EDV, Material etc.) und ein Projektbüro

stellte *KIBIS* (= *Kontakte, Information, Beratung im Selbsthilfebereich*) zur Verfügung. So standen schon in der ersten Phase angemessene personelle, räumliche und materielle Rahmenbedingungen bereit.

Dank der optimalen Bedingungen war es dann zwei Wochen nach der Jahrestagung der DAG SHG soweit. Über 70 Teilnehmerinnen aus den verschiedensten Bereichen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Freie Träger, Schulen und Selbsthilfeinitiativen fanden sich zur Gründungsveranstaltung am 24.6.2005 im Schleswiger Kreishaus ein. Die Schirmherrin Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht freute sich mit uns über das große Interesse und betonte: »Es geht nicht nur darum, den Familien vor Ort das Leben leichter zu machen. Es geht auch darum, wieder mehr Lust auf Familie zu entfachen«. Dr. Trauernicht sagte volle Unterstützung zu und wünschte sich einen »produktiven Wettstreit um die Familienfreundlichkeit. Das hilft allen, in erster Linie den Kindern.«⁴

Im Anschluss an den Gründungsakt wurden die Teilnehmer/innen ermuntert, eigene Ideen, Anregungen, Verweise auf Bestehendes an den bereit stehenden Pinwänden einzubringen. So bekam das Bündnis schon am Gründungstag erste fruchtbare Impulse und gewann nicht zuletzt weitere Akteure hinzu. Die Gründungserklärung⁵ unterzeichneten spontan 36 Gäste, darunter der Landrat für die gesamte Kreisverwaltung und die Pröbstin für die Nordelbische Kirche und das Diakonische Werk. Auch Vertreter großer Arbeitgeber, wie der Bundeswehr oder der Schleswiger Krankenhäuser bekundeten ihre Bereitschaft, die jeweilige Institution aktiv in die Bündnisarbeit einzubinden.

Themen- und Handlungsfelder und reichlich Arbeit

Unmittelbar nach den Sommerferien fand die erste Sitzung des nunmehr erweiterten Koordinierungsgremiums statt. Die elf Teilnehmer erarbeiteten Vorschläge für prioritär zu bearbeitende Handlungsfelder und Arbeitsgruppen. Diese würden auf der nächsten Bündnissitzung, zu der wiederum ein erweiterter Kreis eingeladen werden sollte, diskutiert bzw. ins Leben gerufen. Wenige Wochen darauf verständigten sich 31 Teilnehmer/innen auf fünf Handlungsfelder. Alle (!) Teilnehmer/innen ordneten sich je nach beruflicher und persönlicher Präferenz verbindlich einer oder mehreren Arbeitsgruppe/n zu. Seither tagen diese in regelmäßigen Abständen, können auch erste Ergebnisse vorweisen. Die Handlungsfelder der Bündnisakteure sind:

- Arbeitswelt
- Erziehung, Bildung, Betreuung
- Gesundheit, Pflege
- Wohnen, Verkehr
- Freizeit, Sport, Kultur.

In der bei KIBIS angesiedelten Bündnis-Servicestelle (auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig) laufen die Fäden zusammen. Terminplanungen werden koordiniert, Arbeitsergebnisse nach innen und außen kommuniziert und der Stand der Bündnisarbeit dokumentiert. Hier werden die einzelnen Bündnisakteure mit relevanten Informationen und Anregungen aus anderen Bündnissen